

Herrn Bürgermeister
Sebastian Täger
Gemeinde Senden
Münsterstr. 30
48308 Senden



zur Kenntnis:
Klaus Gilleßen

Senden, 18.06.2020

Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Täger,

im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich Sie, im Haupt- und Finanzausschuss am 19.06.2020 folgenden Antrag als Tischvorlage auf die Tagesordnung zu setzen:

Antrag zum Bau des Radwegs auf der neuen Brücke der A1 an der K10 (von Ottmarsbocholt nach Amelsbüren)

Beschlussentwurf:

Der Bürgermeister wird beauftragt, kurzfristig Gespräche mit dem Landrat des Kreises Coesfeld zu führen, um die Finanzierung der nicht förderfähigen Kosten für die Verbreiterung der Brücke über die A1 sowie den breiteren Ausbau der anschließenden Rampen zu klären. Dabei erklärt die Gemeinde Senden ihre Bereitschaft, 50 % der nicht förderfähigen Projektkosten zu tragen, wenn der Kreis Coesfeld die anderen 50 % übernimmt.

Begründung:

Der Gemeinderat hat sich in den letzten Jahren mehrfach mit der geplanten Verbreiterung der A1 und dem in diesem Zusammenhang anstehenden Neubau der Brücke zur Überführung der K10 über die Autobahn beschäftigt. Es besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass es sinnvoll ist, die Brücke so breit zu planen und auszuführen, dass eine separate Radwegführung eingerichtet werden kann, um die Sicherheit für den Radverkehr zu erhöhen. Jedoch scheiterte die Fortführung dieser auch vom Landesbetrieb Straßen NRW favorisierten Planung bislang daran, dass weder die Gemeinde noch der Kreis Coesfeld den nach Abzug der Förderung verbleibenden Eigenanteil übernehmen wollte. Der Kreis verweist hier auf die aktuell noch geltende Regelung im Kreisgebiet, wonach die Eigenanteile beim Bau von Radwegen durch die Kommunen übernommen werden muss. Gleichzeitig fordern jedoch viele Bürger, die Fraktionen im Kreistag und auch der Landesbetrieb den Bau der breiteren Brücke.

Ergänzend ist anzumerken, dass der Bau eines Radweges entlang der K10 im aktuellen Ausbauprogramm des Kreises aufgeführt wird und mittelfristig umgesetzt werden soll. Hier stellt sich die Frage, was der Ausbau des Radweges ohne eine Verbreiterung der Brücke überhaupt für einen Sinn macht! Daher ist es unter verkehrspolitischen wie auch zeitlichen Gesichtspunkten geboten, jetzt zu handeln und die breitere Brücke zu bauen. Der Radweg an der K10 macht dann zu einem späteren Zeitpunkt Sinn, muss aber nicht zwingend zeitnah umgesetzt werden. Die breitere Brücke stellt in erster Linie eine sichere Verbindung für den touristischen Radverkehr dar, von dem dann die gesamte Region

profitiert. Die ausgewiesenen Radrouten werden aktuell nicht über die K10 sondern über Wirtschaftswege geführt, die jeweils am Fußpunkt der Rampen auf die K10 treffen.

Mit diesem Antrag wird der Bürgermeister aufgefordert, mit dem Landrat des Kreises Verhandlungen über die Finanzierung der breiteren Brücke mit separater Radwegführung zu führen. Dabei soll seitens der Gemeinde angeboten werden, 50 % des verbleibenden Eigenanteils für das Brückenbauwerk und die breiteren Rampen zu übernehmen. Die andere Hälfte müsste vom Kreis übernommen werden.

Dies steht zwar der aktuell noch gültigen Finanzierungsregelung entgegen. Jedoch wird bereits im gerade aufgestellten Radverkehrskonzept des Kreises zum Thema „Eigenanteile beim Radwegebau“ folgendes ausgeführt:

„Eine Besonderheit des Kreises Coesfeld ist der von den Kommunen zu leistende Eigenanteil beim Radwegeausbau. Hier ist zu prüfen, ob dieser Eigenanteil

abgeschwächt werden könnte, um den Bau von Radwegen an Kreisstraßen zu vereinfachen. Beispielsweise könnte eine 50/50-Regelung näher geprüft werden. Die Thematik wird – unabhängig vom Radverkehrskonzept – im Laufe des Jahres 2020 mit den kreisangehörigen Kommunen diskutiert und gegebenenfalls angepasst.

Von Seiten des Bundes sowie des Landes gilt es – gerade vor dem Hintergrund der vielfältigen Radverkehrskonzepte und der umfassenden Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs – die bestehenden Fördertöpfe aufzustocken. Hierfür kann sich der Kreis Coesfeld im Zusammenschluss mit den anderen Münsterlandkreisen und der Stadt Münster aktiv einsetzen und für entsprechende Veränderungen der Förderlandschaft werben.“

Demnach ist auch der Kreis daran interessiert im Sinne der Radverkehrsförderung eine neue Finanzierungslösung mit den Kommunen des Kreises abzustimmen. Da die anstehende Brückenbaumaßnahme zeitlich nicht aufgeschoben werden kann, muss vor der Abstimmung aller kreisangehörigen Gemeinde eine entsprechende Regelung vorab gefunden werden. In diese Richtung soll mit dem Landrat verhandelt werden, soweit möglich auch in Abstimmung mit den übrigen Bürgermeistern des Kreises.

Mit freundlichem Gruß

Philipp Scholz
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen
Jessener Straße 52
48308 Senden
Tel. 0177/3440068
E-Mail: philipp.scholz2@freenet.de